

Martin Kment

# Flexibilisierung von Netzverknüpfungspunkten

Zugleich eine Untersuchung zu den Sonderrechten  
für ausgewählte Energieleitungsvorhaben,  
zur legislativen Bedarfsplanung  
und zur erstinstanzlichen Zuständigkeit  
des Bundesverwaltungsgerichts

Mohr Siebeck

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XI
A. Ausgangslage . . . . .	1
I. Entscheidung mit großer Wirkung . . . . .	1
II. Der Auslöser: Vorhaben Nr. 5 nach EnLAG . . . . .	1
1. Einordnung des EnLAG-Projekts Nr. 5 in den energiewirtschaftlichen Kontext . . . . .	1
2. Merkmale des EnLAG-Projekts Nr. 5 . . . . .	2
3. Verschiebung des Anfangspunktes . . . . .	3
a) Genese der Projektdefinition . . . . .	3
b) Veränderte Rahmenbedingungen . . . . .	4
III. Korrektur durch das BVerwG . . . . .	5
1. Verbindlichkeit der gesetzlichen Bestimmung von Anfangs- und Endpunkt . . . . .	5
2. Die Rechtsposition der Vorhabengegner . . . . .	6
3. Der Vergleich zum Straßenrecht . . . . .	7
4. Verbleibende Realisierungschance . . . . .	7
5. Ausnahmecharakter der erstinstanzlichen Zuständigkeit des BVerwG . . . . .	8
IV. Gesetzänderung . . . . .	9
V. Problemstellung . . . . .	9
B. Besondere Energieleitungen . . . . .	13
I. EnLAG-Vorhaben . . . . .	13
1. Rahmenbedingungen . . . . .	13
2. Entstehung des Energieleitungsausbaugesetzes und spätere Anpassungen der ausgewiesenen Projekte . . . . .	13
3. Gesetzgebungskompetenz . . . . .	14
4. Inhalte . . . . .	15
II. Vorhaben nach dem Gesetz über den Bundesbedarfsplan . . . . .	16
1. Einbettung der Bundesbedarfsplanung in einen mehrstufigen Planungsprozess . . . . .	16
a) Szenariorahmen . . . . .	16

## VIII

b) Netzentwicklungsplan . . . . .	17
c) Abschließender Bundesbedarfsplan – Autonome gesetzgeberische Entscheidung . . . . .	18
2. Gesetzgebungskompetenz und Gesetzgebungsverfahren . . . . .	18
3. Inhalte des Bundesbedarfsplans . . . . .	20
III. Funktion und Bindungswirkung des Vorhabensonderstatus nach EnLAG und BBPlG . . . . .	21
1. Planrechtfertigung und Beschleunigung . . . . .	21
a) Anordnung des EnLAG . . . . .	21
b) Regelung des BBPlG . . . . .	22
2. Akzeptanz der Öffentlichkeit und neue Ausführungsoptionen . . . . .	23
3. Zuständigkeitsbündelung . . . . .	23
4. Komprimierter Rechtsschutz beim BVerwG . . . . .	24
a) Regelungsgehalt des EnLAG und des BBPlG . . . . .	24
b) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit . . . . .	24
aa) Allgemeine Regeln . . . . .	24
bb) Verfassungsmäßigkeit des EnLAG und BBPlG . . . . .	26
cc) Erweiterung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des BVerwG durch § 1 Abs. 3 S. 2 EnLAG n.F. und § 6 S. 2 BBPlG n.F. . . . .	30
IV. Rechtliche Schranken des Gesetzgebers bei der Verleihung eines Sonderrechts für bestimmte Vorhaben . . . . .	33
1. Ausgangspunkt . . . . .	33
2. Legislative Planungsakte und Gewaltenteilung . . . . .	33
a) Detailplanungen . . . . .	33
b) Bedarfsplanungen . . . . .	35
3. Plausibilität der gesetzlichen Regelung . . . . .	37
C. Vorhabenidentifikation . . . . .	39
I. Bestimmungstypik . . . . .	39
1. Begriffliche Klärung . . . . .	39
2. Nennung von Ortsnamen, Kreisen, Regionen und Bundesländern . . . . .	40
3. Zentrale Bedeutung von Netzverknüpfungspunkten . . . . .	40
4. Gesetzliche Vorhabenbeschreibung durch (Such-)Räume . . . . .	41
a) BBPlG-Vorhaben Nr. 37: gemeindeweiter Suchraum . . . . .	42
b) BBPlG-Vorhaben Nr. 42: gemeindeweite Suchräume . . . . .	42
c) BBPlG-Vorhaben Nr. 33: maximaler Suchraum . . . . .	43
5. Zwischenergebnis und verfassungsrechtliche Einschätzung . . . . .	43
II. Verbindlichkeit der Projektbeschreibung . . . . .	44
1. Grundsätze . . . . .	44
a) Position des BVerwG . . . . .	44

b) Analyse der Gesetzesmaterialien . . . . .	45
aa) Gesetzgebungsverfahren zur Einführung des BBPlG (2013)	45
bb) Gesetzgebungsverfahren zur Novelle des BBPlG (2015) . .	45
c) Zwischenergebnis . . . . .	47
2. Konkretisierungsspielräume und Modifikationen . . . . .	48
a) Anlehnung an das Raumordnungsrecht . . . . .	48
b) Übertragung auf das Energiewirtschaftsrecht und den Netzausbau . . . . .	48
c) Einfluss des Beschlusses des BVerwG vom 12.09.2018 . . . . .	50
3. Nachteile zu starker Konkretisierung . . . . .	50
a) Planerischer Widerspruch . . . . .	51
b) Sachwidrige Zufälligkeiten . . . . .	51
4. Handlungsbedarf für einen umsichtigen Gesetzgeber . . . . .	52
III. Flexibilisierungsmöglichkeiten des Gesetzgebers . . . . .	52
1. Modell 1: Verwendung größerer Raumeinheiten . . . . .	53
a) Ausführungsart . . . . .	53
b) Prüfung der Rechtmäßigkeit . . . . .	53
aa) Gewaltenteilung . . . . .	54
bb) Rechtsschutz . . . . .	54
cc) Evidente Unsachlichkeit . . . . .	56
2. Modell 2: Pauschaler räumlicher Abweichungsradius . . . . .	57
a) Ausführungsart . . . . .	57
b) Prüfung der Rechtmäßigkeit . . . . .	57
aa) Gewaltenteilung . . . . .	57
bb) Rechtsschutz . . . . .	58
cc) Evidente Unsachlichkeit . . . . .	58
3. Modell 3: Individuell ausgestalteter räumlicher Abweichungsradius . . . . .	59
a) Ausführungsart . . . . .	59
b) Prüfung der Rechtmäßigkeit . . . . .	59
aa) Gewaltenteilung und Rechtsschutz . . . . .	59
bb) Evidente Unsachlichkeit . . . . .	60
D. Ergebnisse der Untersuchung . . . . .	61
Literaturverzeichnis . . . . .	65
Rechtsprechungsnachweise . . . . .	69
Sachregister . . . . .	73